Eigenerklärung zur Eignung
und über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB

Name des Unternehmens / des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft:

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation (ggf. zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angaben zu Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 GWB

Ich/Wir erkläre(n), dass kein zwingender Ausschlussgrund gem. § 123 Abs. 1 GWB vorliegt, was bedeutet, dass folgende Tatbestände **nicht erfüllt** sind:
Eine Person, deren Verhalten nach § 123 Absatz 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wurde rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Angaben zu einer schweren Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit des Bieters, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind.
- ich / wir Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt habe(n),
- ich / wir keine Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u. a. Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, begangen habe(n).

Angaben zu § 21 AEntG, § 98c AufhG, § 19 MiLoG und § 21 SchwarzArbG

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht zu einer Freiheits- oder Geldstrafe verurteilt oder mit einer Geldbuße belegt worden bin/sind, die zu einem Ausschluss nach den vorstehend genannten Vorschriften führt.
- nur sozialversicherte Mitarbeiter beschäftigt werden
- dass ich / wir der gesetzlichen Pflicht zur Einhaltung des jeweils vorgegebenen und gültigen Mindestlohns nach § 1 MiLoG nachkommen.

Ich erkläre / Wir erklären, dass in meinem / unserem Unternehmen und in allen von mir / uns gebundenen Nachunternehmen **keine**

- illegale Beschäftigung nach Arbeitsförderungsgesetz § 150a erfolgt
- illegale Arbeitnehmerüberlassung nach Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erfolgt
- Schwarzarbeit nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erfolgt
- Verfahren derzeit anhängig sind

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Angaben zu Nachunternehmerleistungen

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich / wir alle Leistungen, die nicht im „Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen“ bzw. „Verzeichnis der Leistungen / Kapazitäten anderer Unternehmen“ aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n)
- ich / wir nur Nachunternehmer bzw. andere Unternehmen einsetzen werde(n), die für die vorgesehene Leistung fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind,
- ich / wir bei Weitergabe von Vertragsleistungen, die von Preisgleitklauseln betroffen sind, eine entsprechende Regelung in meine/unsere Verträge mit etwaigen Nachunternehmern bzw. anderen Unternehmen aufnehme(n).

Ich/Wir erkläre(n), dass

- nachweislich keine Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen
- dass ich / wir im Vergabeverfahren vorsätzlich keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben bzw. abgeben werden

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen / unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden

_____ _____

Ort/Datum Unterschrift